

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 20. August 1932

Nummer 67

Die Erneuerungsfest für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Politische Selbstbeherrschung

Wir leben in einer Zeit voller großer Aufregungen. In solchen Zeiten ist es nicht immer leicht, sachlich, gerecht, wahrhaftig an all die Ereignisse, Tatsachen und Probleme heranzugehen, die vielfach die Ursachen der Aufregungen sind, die durch das Volk gehen. Hinter so mancher Leidenschaftlichkeit und Heftigkeit steht heute die bittere Wirklichkeitsnot, die Sorge um die Sicherung der Lebenshaltung. Das hat die Meinungs- und Interessengegenstände, die ja zu allen Zeiten in einem Volke vorhanden sind, sehr verschärft. Das hauptsächlich ist die Ursache dafür, daß die Meinungs- und Interessenkämpfe heute so leicht Formen annehmen, die gegen die Gebote verstoßen, die das gesellschaftliche Zusammenleben umbedingt beachten müssen will.

Staats-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik sind überaus vielseitige und reichhaltige Gebiete des geistigen Lebens. Es muß hier auf jedem einzelnen Gebiete ein nie zur Ruhe kommendes Suchen, Versuchen, Prüfen, Durchdenken geben und eigentlich auch ein nie aufhörendes Fehlermachen und Sichern. Nun ist es gewiß gut und in einem modernen Staate durchaus notwendig, daß sich der mündig gewordene Staatsbürger eine eigene Meinung über die Fragen und Aufgaben der verschiedenen politischen Gebiete zu bilden sucht. Es kann nur gewünscht werden, daß es recht allgemein und vor allem recht ernst und gewissenhaft geschieht. Aber das sollte sich jeder, der politisch selbst, wissen, verstehend, eben urteilsfähig werden will, von vornherein sagen, es gibt keine unbedingten, zweifelsfreien Wahrheiten in der Politik, alles ist problematisch; denn alles ist in stetigem Werden und Weiterstehen begriffen. Und doch benehmen sich viele Staatsbürger so, als hätten sie alleine „recht“, als sei es ihnen gelungen, „den Stein der Weisen zu finden“. Diese Rechtschaberei und Unbuddsamkeit vergiftet mehr als irgend etwas sonst das öffentliche Leben.

Wer die ungeheuer großen Schwierigkeiten verstehen gelernt hat, die das staatliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben eines Volkes in sich birgt, ist nicht mehr rechtshaberisch. Je größer das Wissen, Verstehen, Können, um so größer auch die persönliche Bescheidenheit. Wer sich durch das läppig wuchernde Wortgeklüppel der Staats-, Wirtschafts- und Sozialpolitik hindurchgearbeitet hat, weiß, daß es in erster Linie darauf ankommt, daß der zur politischen Mitarbeit verpflichtete Staatsbürger „guten Willens ist“. Wer nur wirklich das Rechte (das Richtige und Gerechte) finden und erkämpfen will, der findet auch manches, was für das allgemeine und staatliche Wohl nützlich, ja oft unentbehrlich ist. Wir brauchen in Deutschland jedenfalls noch viel politische Erziehung. Wenn man die politische Erziehung damit begänne, politische Charaktere zu formen, würde sehr bald vieles besser werden. Die Hauptsache ist, das Wahre, Gute, Gerechte, Schöne wirklich von ganzem Herzen zu wollen, zu wollen als Lebensgrundlage aller im Staate. Dann kann das Sprichwort wahr werden: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.“

Vor dem Kriege klagte man allgemein über eine große politische Lauheit und Untätigkeit. Die Verpflichtungen wurden damals äußerst mangelhaft erfüllt.

Es entstand ein Schlagwort, das die Blindheit gegen die Pflichten und Aufgaben des modernen Staatsbürgers entschuldigen sollte: „Politik verdirbt den Charakter.“

Heute ist beinahe jeder Deutsche politisch rege geworden; eine politische Lauheit und Bequemlichkeit im Vorkriegsinn gibt es kaum noch irgendwo. Oft kann dagegen jetzt von politischer Überspannung ganzer Volksteile gesprochen werden. Jedenfalls haftet der Tatkraft, die oft ohne rechten Zweck und ohne zwingende Notwendigkeit entfaltet wird, viel politische Unreife an. Das ist auch durchaus nicht verwunderlich, wenn man die Vorkriegszeit mit der Jetztzeit vergleicht. Durch weltpolitische Ereignisse von gewalttätiger Kraft und Bedeutung wurde endlich auch der deutsche Staatsbürger wahrgerüttelt aus jahrhundertem altem Schlaf. Vorkünftig fällt es ihm nun noch schwer, politisch ruhig, umfassend, folgerichtig zu denken und zu handeln. Es hat oft leider große politische Ungezügtheit Platz gegriffen. Es ist noch nicht genügend Schulung und Selbstzucht in politischen Dingen vorhanden. Und das ist ja schließlich verständlich. Hoffentlich kommen wir bald in wirtschaftlich weniger harte Zeiten und damit auch in ruhigere politische Verhältnisse. Eins möge jedenfalls von der entgegenstehenden Veränderung bleiben: die erwachte politische Lebendigkeit und Kraft. Bessern können sich fehlerhafte Dinge nur da, wo Lebenskraft wach wird, die sich mit ihnen beschäftigen will. Wenn heute die politischen Kräfte wilde Bogen hochbranden lassen, so kann das gewiß auch ein Grund der Sorge um das Wohl von Volk und Staat sein. War aber der ehemalige Zustand der Ruhe und des willenslosen Sitzenbleibens im Strom des politischen Geschehens in Wirklichkeit nicht gefährlicher für Volk und Staat als der jetzige Zustand politischer Überreizung?

Wollen wir in Deutschland den jetzt noch sehr schwachen politischen Tatsachensinn verschärfen, dann kann es nur geschehen durch wahrhaftige, gründliche Erforschung und objektive Bewertung aller Tatsachen, die das Leben von Volk und Staat beeinflussen und gestalten. Der deutsche Staatsbürger muß es vor allem als seine Pflicht ansehen lernen, nicht nur eine politische Denk- und Willensrichtung zu erforschen, sondern alle, die stärkere Kraft und Bedeutung haben. Und Johann muß er sich Selbstbeherrschung aneignen. Leidenschaftlichkeit trübt leicht den klaren Blick und die ruhige Überlegung. Nicht daß man nicht warm werden soll für eine gute Sache oder eine vermeintlich gute Sache. Aber das heute vielfach zu beobachtende politische Sichgehenlassen in leidenschaftlicher Erregung ist mit formeller politischer Mündigkeit und Verantwortlichkeit unvereinbar. Das Recht politischer Mitarbeit und Beeinflussung verpflichtet zur Vergrößerung des politischen Wissens und Könnens. Politisches Können besteht vor allem darin, duldsam und gerecht andern gegenüber zu sein. Gerade in der Politik ist straffe Selbstzucht und Selbstbeherrschung unentbehrlich.

Der Zwietracht mitten ins Herz!

Immer wenn die Saat der Menschenrechte reif in den Sämen stand und reife Ernte verhieß, war sie vom Unkraut der Zwietracht so überwuchert, daß oft genug der Ertrag den Schweiß der Schmitter nicht lohnte. Dennoch erhofft die Menschheit endlich einmal reifer Ernte gewiß zu sein und beacert unverdrossen den fargen Boden der Gesellschaft, unbekümmert ob Hagelschauer der Reaktion oder Unkraut der Zwietracht. Wägen wir zurück auf solche weit zurückliegenden Jahre der Menschheitsernte und vergleichen sie mit denen der Gegenwart, dann müssen wir erkennen, daß die Menschen noch immer nicht gelernt haben, das Unkraut der Zwietracht auszurotten.

Ein solches Jahr der Ernte verbrach das Jahr 1825 zu werden. Gut gebüht war der Boden, reif stand die Saat

der Menschenrechte und die Schmitter zogen in hellen Haufen hinaus zur Ernte. Der große Bauernkrieg erschütterte das Reich in seinen Grundfesten! Doch dieser ersten großen sozialrevolutionären Bewegung sollte ein kläglicher Ausgang beschieden sein; nicht zuletzt durch den Geist der Zwietracht, der lähmend die Organisation hemmte. Obwohl alle das eine große Ziel einte: Gegen Feudal- — und für Menschenrechte! So verzettelte sich doch die Stoßkraft an der Uneinigkeit der Führer und Massen über ihnen wichtiger erscheinende kleinliche Sonderinteressen. Niemals hätte sich die rasende Ordnungsbefähigung der Fürsten und Herren so hemmungslos an den besiegten Bauern austoben können, wenn eine von einheitlichem Willen und Willen geführte und besetzte Masse unter der Fahne des Bundschuhs gestanden hätte. Diejenigen aber, die das große und erreichbare Ziel nicht aus dem Auge verloren; sich selbstlos dafür einsetzten und leidenschaftlich den zerlegenden Geist der Zwietracht bekämpften, sie wurden von der betörten Masse derer überannt, die eignen Interessen und unerreichbaren Zielen aufstrebten. Und dank dieser Zwietracht war ein großer Aufwand an Gut und Blut schmächtig vertan. Die Reaktion hatte bald leichtes Spiel, sie brauchte nur das Register brutaler Gewalt zu ziehen und die bäuerliche Ernte lag verlichtet am Boden!

Erst 250 Jahre später sollte eine neue Ernte reifen. Der Geist der großen Revolution ging durch die Kulturmenschenheit. Dank der Vorarbeit großer Pioniere des Geistes konnte die große Revolution das Ziel ihrer bäuerlichen Vorgängerin erreichen: Die Proklamierung der Menschenrechte und Niederwerfung der Feudalherrschaft. Von hier aus ging die neue Zeit, von hier aus kamme der Menschlichkeit leuchtendes Janal! Und dennoch sollte es nur ein Teilerfolg werden, eine Etappe auf dem Marsch zum Endziel: Der Feudalismus fürzte, der Kapitalismus erhob sich. Aber auch hier machte der Geist der Zwietracht, verkörpert durch die Danton, Robespierre, Hebert und Chaumette, leichtig die Bahn für die Militärdiktatur Bonapartes frei.

Wir übergehen das Gezänk der Demokraten, um die Mitte des Jahrhunderts, das der Reaktion ein leichtes Spiel bot und wenden uns der Gegenwart zu. Inzwischen hat der erfarkte Sozialismus die Führung im Kampf um die Menschenrechte übernommen, aber noch immer streiten in diesem Kampf Gemäßigte und Radikale um die allein-selbstmachende Richtigkeit ihrer Anschauung. „Was kümmert sie, ich bitte dich, der Feind; die Regel, die ihn schlägt, das ist das höchste!“ So möchte man Kleist ein wenig frei zitteren im Hinblick auf den unerfreulichen Streit. Dieser alte Streit, der gegen Ende des Krieges zunahm und nach dessen Beendigung seinen Höhepunkt erreichte, tobt seitdem mit unverminderter Heftigkeit. Die einzelnen Phasen dieses Kampfes sind zu bekannt, um sie hier aufzuzählen.

Vergleichen wir die Vergangenheit mit der Gegenwart, so möchte man fast meinen, daß der Radikalismus vom Gorgonenhaupt der Zwietracht verfeinert, noch immer in dessen Bann steht. Und gekannt von diesem Blick, sieht er nicht die drohend hinter ihm lauende Gefahr der Reaktion; anstatt ihr aber gemeinsam mit seinem gemäßigten Kampfgenossen auf den Leib zu rücken, streitet er sich lieber mit diesem herum, um Taktik und fernertliegende Ziele. Wer aber bei diesem Streit der lahmen Dritte ist, leidet Vergangenheit und Gegenwart. Sieht der Radikalismus die durch sein Verfehlen der sozialistischen Bewegung drohende Gefahr nicht oder will er sie nicht sehen? Bei dieser Frage muß auch die der psychologischen Beweggründe gestellt werden. Ist es Geltungsdrang, Eigennuß, Rechtschaberei? Oder sind es solche idealer Art, getragen von der Sorge für das Wohl der arbeitenden Klasse? Wenn lediglich das letztere der Fall ist, dann kann und muß auch eine Einigung, wenigstens aber Verständigung der beiden Kampfgruppen möglich sein, denn hier liegt die gemeinsame Basis! Die Einheitsfront wäre also da! Allerdings keine solche, die eine reiflose Anerkennung radikaler Wege und Ziele für den andern Kontrahenten bedeutet, sondern die auf gemeinsame Ziele beruhende Einheitsfront. Eine solche Einigung darf nicht etwa so verfaßt sein, wie sie sich jener seitlame „Einigungsapostel“ vorstellte, der in einer unserer Mitgliedschaftsversammlungen den Verbandsvorstand schmächtig beschimpfte und verdächtigte und dann, als ihm auf stürmisches Verlangen der überwiegenden Versammlungsmehrheit das Wort entzogen wurde, das Rednerpult mit den Worten verließ: „Hoch, die rote Einheit!“ Die weitere Behandlung eines solchen Falles muß

man schon dem Psychiater überlassen, denn mit Gründen der Logik ist hier nichts mehr auszurichten.

Hier haben wir es mit einem typischen Beispiel zu tun, wie Verbohrtheit und Geltungsstrieb den Geist der Zwietracht in die Reihen, im Grunde weltanschaulich gleichgerichteter Kämpfer, trägt. Aber wenn schon ein solches Beispiel in seiner Art typisch ist, so soll es dennoch keineswegs verallgemeinert werden, denn es könnte schlimm um die Seele des arbeitenden Volkes, wenn nur aus solchen kleinlichen Motiven der Geist der Zwietracht entstände. Wie dem aber auch sein möge, auf jeden Fall aber will und darf die Arbeiterchaft diesen zerfetzenden Geist länger dulden, denn wohin er führt, dafür mögen namentlich dem radikalen Flügel die letzten Wahlen ein warnendes Memento sein! Nicht länger mehr dürfen des verzweifelnden Florian Geyer's Worte Geltung haben: "Aber es ist der Zwietracht kein Ende!" Vielmehr soll des wackeren Kämpfers weiteres Wort bestehen: "Sei's drum; von Wahrheit ich will nimmer laßn!" Und in der Erkenntnis der Wahrheit, daß das Unkraut der Zwietracht die reisende Saat der Menschenrechte noch stets erstickt, soll dies Unkraut mit Stumpf und Stiel getilgt werden, denn anders ist keine erfolgreiche Politik möglich, die schließlich doch auch eine Revolution mit andern Mitteln ist. Was aber ist Politik? Die Kunst der Erreichung des Möglichen. Strebt sie aber Unmöglichem zu, dann wird sie Dilettantismus. Der Arbeiterchaft aber ist es nur um den Erfolg, das heißt, das irgend Erreichbare zu tun, sie wird und muß deshalb mit vereinten Kräften den gemeinsamen Feind bekämpfen, und der steht noch immer rechts. Aber doktrinaire Fragen mag man sich später verständigen oder auch streiten, bis dahin aber heiße unsre Losung: "Der Zwietracht mitten ins Herz!"

Hannover.

T. G.

Die kapitalistische Wirtschaft und ihre Weiterentwicklung

Seit nun drei Jahren befindet sich die kapitalistische Wirtschaft in einer sowohl an Umfang wie Schärfe nie dagewesenen Krise, die sich mit verhältnismäßig geringen Unterschieden nahezu gleich stark auf alle kapitalistischen Länder erstreckt. Schon ebenso lange experimentierender Staatsmänner und Wirtschaftspolitiker an dem kranken Wirtschaftskörper herum, ohne eine Besserung zu erreichen. Alle ihre Untersuchungen und Konferenzen haben bis jetzt nicht einmal zutage gebracht, sich über eine einheitliche Diagnose der Krise und ihre Ursachen, geschweige denn über die zu ihrer Behebung erforderlichen Mittel zu einigen. Das hat darin seinen Grund, weil die an dieser Aufgabe Beteiligten von verschiedenen, von einander abweichenden Auffassungen ausgehen, außerdem auch nicht an die Lösung der einschlägigen Fragen als Gesamtaufgabe herantreten, sondern diese unter dem Gesichtspunkt der eignen besonderen Interessen anstreben. Unter solchen Umständen kann keine fruchtbare Arbeit zustande kommen!

Wenn man auch zugeben muß, daß die herrschende Wirtschaftskrise zum wesentlichen Teil in dem Menschen und Güter vernichtenden Weltkrieg, in der durch ihn bewirkten Verarmung der Völker, der Zerstörung des bestandenen wirtschaftlichen Gleichgewichts infolge übermäßiger Ausdehnung der Industrialisierung auf früher agrarische Länder usw. begründet ist, so bleibt darüber hinaus doch noch ein Rest von Ursachen bestehen, die hierdurch nicht erklärt werden. Ja, man muß sogar bei näherer Betrachtung des letzteren Krisenverlaufs zu der Überzeugung gelangen, daß selbst wenn alle die angeführten Umstände nicht eingetreten wären, es sehr fraglich erscheint, ob wir nicht auch so die gleichen, mindestens aber ähnliche Zustände haben würden, wie sie die gegenwärtige Krise hervorruft. Der Weltkrieg kam nicht von ungefähr oder lediglich durch die Unfähigkeit einiger Diplomaten zustande. Er war nichts anderes, als der Versuch, die bereits innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems vorhandenen Spannungen gewaltfam zur Auslösung zu bringen. Bei der Art und Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der mit ihm verbundenen Produktionsweise war das Eintreten einer seiner Bestand gebührenden Krise früher oder später unvermeidbar geworden.

Der Weltkrieg hat das vielfach erwartete Ergebnis nicht gebracht, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite. Seine Auswirkungen führten aber dazu, die kapitalistische Entwicklung zu beschleunigen und in verhältnismäßig kurzer Zeit das zu bewirken, was schon Marx als die entwicklungsgehistorische Tendenz des Kapitalismus voraus sagte: Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise auf eine höhere Stufenleiter, gewaltige Entfesselung der Produktionskräfte, Konzentrierung und Monopolisierung der Produktion und Verteilung, Enteignung zahlloser mittlerer und kleiner Existenzen, zunehmender Druck, Verelendung und Anechtung der Massen und schließlich aus alledem folgend, der Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems sowie Expropriation der kapitalistischen Expropriateure zu dem Zweck, an die Stelle der schrankenlosen Ausbeutung der Gesellschaft die sozialistische Gemeinwirtschaft zu setzen.

Wer wollte in Abrede stellen, wie sich diese Prognose der kapitalistischen Entwicklung im weitesten Umfang verwirklicht hat! Noch ist sie zwar nicht an ihren äußersten Endpunkt gelangt. Der Zusammenbruch ist noch nicht da, wenigstens nicht in der Form, wie man in der Regel voraussetzte. Auch hat sich die Entwicklung nicht ganz so gradlinig vollzogen, wie ihr Verlauf nach Marx erscheinen könnte. Das war von ihm auch nicht so gedacht. Die Wirtschaftsentwicklung kann keinem starren Reglement ent-

sprechen. Ein Wirtschaftssystem von der Art und Komplexität wie das kapitalistische ist nicht von heute auf morgen erledigt, sondern ruft die verschleierten Kräfte wach, seine Existenz zu erhalten oder den drohenden Zusammenbruch zu verhindern bzw. hinauszuschieben. Unter außerordentlichen Anstrengungen ist dies dem Kapitalismus bis heute gelungen. Immer wieder boten sich neue Wege, seine Herrschaft zu behaupten und weiter auszuweiten. Und gegenwärtig sind seine weiteren Entwicklungsmöglichkeiten nicht vollständig erschöpft, wenn auch gegen früher erheblich beschränkt. Daß er sie jedoch zu benutzen vermag oder benutzen wird, ist stark zu bezweifeln!

Dementprechend können selbst seine Anhänger und Verfechter nicht bestreiten, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem an einem äußerst kritischen Punkt angelangt ist, der über sein Fortbestehen und seine Weiterentwicklung entscheidet. Sie geben jedoch die Hoffnung nicht auf, über ihn hinwegzukommen. Ist doch für sie das kapitalistische Wirtschaftssystem das beste und vollkommenste, das von keinem andern ersetzt werden kann!

Wie aber anders aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen hervorgeht, hat diese Auffassung unter den Wirkungen der Weltwirtschaftskrise eine schwere Erschütterung erfahren. Wenn auch zunächst noch rein instinktiv, erkennen immer weitere Kreise die ihnen von dem weiteren Vergehen des kapitalistischen Wirtschaftssystems drohende Gefahr der Existenzvernichtung. Die Geschäftslage verschlechtert sich von Tag zu Tag, die Kurse sinken, Dividenden fallen aus, die Einkommen schrumpfen zusammen, die Kaufkraft wird in immer weiterem Umfang vernichtet! Von panischer Angst erfüllt, suchen sie nach einem Ausweg, der ihnen Sicherheit vor dem Untergang bietet. In dieser Gemütsstimmung erblickten sie bei den politischen Wahlen in dem Nationalsozialismus ihre Rettung. Sie wurde ihnen von dort auch bereitwillig versprochen. Doch der Nationalsozialismus ist nichts anderes, als eine zum Zweck der wirtschaftlichen und politischen Zurechtweisung des Volkes geschaffene Schutztruppe des Kapitalismus, mit deren Aufgebot dieser offenbar seine letzten Trümmer ausspielt. Vorkäuflich hat er auf diese Weise den gewollten Zweck erreicht, aber auch nur solange, als das irreführte Volk des an ihm verübten grössten Betrugs nicht bewußt ist. Diese Erkenntnis wird und muß kommen, so daß die unvermeidliche Abrechnung mit dem Kapitalismus nur als aufgeschoben anzusehen ist!

Was kann der Kapitalismus und das von ihm aufgerichtete Wirtschaftssystem noch leisten oder dem Volk bieten? Die Länder aller Weltteile sind in der kapitalistischen Entwicklung einbezogen. Zwar gibt es hier noch Ausbeutungsgebiete, die aber entweder mit Beschlag belegt sind oder aber nach Selbständigkeit und eigener industrieller Versorgung streben. Die alten Industrieländer als die Geburtsstätten des Kapitalismus werden von ihren Grenzen ferngehalten. Überall treten Antarktisbestrebungen hervor, Zusammenstürzung statt Ausweitung des Weltmarktes, zurückgehender Export, Absperrung durch unübersteigbare Zollschranken, und daraus folgend, Beschränkung des Kapitalismus auf den Innenmarkt, der jedoch für die Fortsetzung der kapitalistischen Ausbeutungsmethoden und für den aufs raffinierteste ausgebauten Produktionsapparat zu klein ist. Das führt zu unvermeidlichen und schmerzhaften Leerläufen, Kapitalverlusten, zunehmender Unrentabilität der bestehenden Produktionsanlagen, schwindendem Vertrauen zu industriellen Kapitalanlagen und Investitionen. So sieht es überall auf den Betätigungsgebieten des Kapitalismus gleich trostlos aus, ohne daß die Zukunft hierin eine wesentliche Besserung in Aussicht stellt.

Aber auch in anderer Richtung scheint die Entwicklung des Kapitalismus als im wesentlichen abgeschlossen. Seit ihrem Beginn hat sich eine gewaltige Umwälzung vollzogen. Diese brachte zwar nicht die von manchem erwartete einheitliche Zusammenballung der industriellen Produktion und ihre Befruchtung durch einige kapitalistische Unternehmungen. Vielmehr ließ sie das Nebeneinanderbestehen zahlreicher Kleinen, Mittel- und Zweigbetriebe, also eine weitgehende Differenzierung zu. Dennoch hat sich die von Marx vorausgesagte Konzentrierung des Kapitals vollzogen, nur auf einem andern Weg. Der kapitalistische Unternehmer, der mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise die Produktion selbst leitete, Eigentümer seines Kapitals und Aneigner des von seinen Arbeitern erzeugten Mehrwerts war, ist zum großen Teil funktionslos und überflüssig geworden. Seine Unternehmerstätigkeit ging in immer weiterem Umfang auf bezahlte Funktionäre oder auf halböffentliche Anstalten, Aktiengesellschaften, Kartelle, Kongerne und vor allem auf Banken über, die ihm die Gehele seines Handelns vorführen. Das gleiche finden wir auf dem Gebiet der Produktionsverteilung, bei dem Handel. So groß der in modernen kapitalistischen Produktionsprozess geschaffene Mehrwert auch ist, so zerstückelt er sich doch fortschreitend in immer mehr Atome. Ein Heer von müßigen, unproduktiven Parasiten, die sich neben und zwischen Produktion und Verteilung eingenistet haben, nimmt ihn in Anspruch. Das bedeutet nicht nur eine starke, die Rentabilität der Unternehmungen herabdrückende Belastung, sondern auch eine ungeheure wirtschaftliche Verschwendung, deren Kosten das arbeitende Volk durch zunehmende Verschlechterung seiner Lebenshaltung und Existenzsicherheit zu tragen hat. Die kapitalistische Wirtschaft selbst so nicht nur an einer Übersteigerung der Produktivkräfte, sondern auch an einer unvermeidlichen Fortentwicklung hindernden Überorganisation.

Alles das drängt auf eine Änderung und Umgestaltung hin, die sich vollziehen muß und bereits vollzieht. Überall knistert und kracht es in dem Gefüge des kapitalistischen

Wirtschaftssystems. Neben den zahllosen kleinen und mittleren Unternehmungen, die in den letzten Jahren zahlungsunfähig wurden und zugrunde gingen, fallen der Krise in zunehmendem Umfang auch die Großbetriebe zum Opfer, brachen seither kapitalistischste Konzerne und Großbanken zusammen. Nur das Eingreifen des Reiches kann noch die Zusammenbruchkatastrophe des kapitalistischen Wirtschaftssystems verhindern! Die vielgerühmte freie Wirtschaft ist zur Kostgängerin des Reiches geworden, das ihre Existenz durch Darlehen, Subventionen, Zölle und sonstige in die Milliarden gehenden Zuwendungen aufrechterhalten muß. Der Kapitalismus selbst zeigt sich unfähig, aus eigener Kraft die Wirtschaft auf eine normale Basis zu stellen. Ratlos und untätig steht er vor den sich immer drohender ausbreitenden Wirtschaftsproblemen, insbesondere der sich zu immer größerer Ungeheuerlichkeit auswachsenden Arbeitslosigkeit! Was beweist das anders, als daß sich die Herrschaft des Kapitalismus ihrem Ende nähert, um deren Erhaltung er noch mit den zweifelsvollsten Mitteln kämpft. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem jetzt geworden ist, durch ein sozialistisch gemeinwirtschaftliches Wirtschaftssystem abgelöst zu werden!

—1.

Korrespondenzen

Leipzig. In unser Gau mitglieder versammlung am 22. Juli sprach an Stelle des durch die politischen Ereignisse in Preußen verhinderten selbstverordnenden Bundesvorsitzenden Eggert (Berlin) Kollege Bruno Bruchardt (Leipzig) über "Die gewerkschaftlichen Arbeiten und Kämpfe der Gegenwart". Seine einleitenden Ausführungen, daß die früheren Auseinandersetzungen unter den Buchdruckern von kollegialem Geist getragen waren und vor allem von dem Willen, der Gewerkschaft zu dienen, verband er mit dem Hinweis, daß sich die Arbeiterklasse trotz aller Gegenstrebungen der gegenwärtigen schweren Schicksalsstunde bewußt werden möge. Dann zeichnete er die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit in Deutschland auf. Im früheren Obrigkeitstaat gab es fast keine Sozialpolitik, darum reiste die jetzt regierenden Leute dieser alten Schule vom heutigen Wohlstand. Der Weisheit paßt das "demokratische" System nicht und deshalb muß immer wieder darauf verwiesen werden, daß erst durch die Verfassung von Weimar die Formen der Demokratie in Deutschland ausgebaut worden sind. Diese mit aller Kraft zu verteidigen, ist heute die vornehmste Aufgabe der Arbeiterklasse. Siegreich wird dieser Kampf allerdings nur sein durch die Einheit der Bewegung. Die Einheit wird verkörpert in der Eisernen Front, die wehrhaft zu machen und in der zu kämpfen unser aller selbstverständliche Pflicht ist. Gelingt uns diese letzte Zusammenfassung, dann bleibt uns auch unsre Freiheit. Die Darlegungen des Kollegen Bruchardt wurden von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Von einer Aussprache wurde auf einen Geschäftsordnungsantrag hin abgesehen. Im "Vereinsbericht" wurde durch den Kollegen Seibarth auf die schlechte Arbeitsmarktlage im Gau verwiesen. Von 6938 Mitgliedern sind zur Zeit 2700 arbeitslos, rund 1000 arbeiten kurz, 550 sind invalide Kollegen und einige Hundert krank, so daß zum 50 Proz. aus dem Produktionsapparat ausgeschleift sind. Sondern welche Angelegen auf eine Besserung sind nicht vorhanden, die neuerlichen Betriebsstilllegungen verschiedener Druckereien deuten eher das Gegenteil an. Dazu kommt die immerwährende Beunruhigung durch die Versuche des Leistungslohnbaues besonders abbaumüßiger Unternehmer. Eine besonders "vornehme" Rolle spielt in Leipzig die Firma Breitkopf & Härtel, die nach gelungenem Reversunternehmensmanöver ihre alten Sozialklub um ihre bisher gewährtes kleines Ruhegeld brachte. Außer verschiedenen kleineren verwaltungsbedingten Mittelungen wurde dann noch eine "kleine" Unwahrscheinlichkeit der fliegenden kommunikativen Zeitung über einen Vorfall auf dem Gaubüro klargestellt. Die Aussprache, die zum Teil sehr leidenschaftlich geführt wurde, brachte nichts Neues. Kollege Hessebarth sah das Ergebnis nochmals in einer Ermahnung zu einem bessern kollegialen Verständnis zusammen und schloß unter lebhaftem Beifall, alles für die Einheit der Arbeiterbewegung einzusetzen, damit der Angriff der Feinde erfolgreich zurückgeschlagen werden könne.

Dresden (Sa.). Die 25 jährige Bestehen unsres Ortsvereins feierten wir am 9. Juli im festlich geschmückten Saal der "Garfküche". Freileigende Hände hatten der Bühne ein besonders festliches Gewand verliehen. Vorkühnender Paul Zimmermann konnte eine große Zahl von Gästen begrüßen. Eine Reihe auswärtiger Kollegen hatte es sich trotz der Schwere der Zeit nicht nehmen lassen, der Feier beizumohnen. Herr Bürgermeister Götzler überbrachte die Grüße der Stadtverwaltung. Auch Herr Buchdruckereibesitzer Richard Sack war der Einladung, wie den meisten festlichen Veranstaltungen unersetzlich, gefolgt. Als Jubiläumsgeschenk hatte er eine Gutenbergbüste geschenkt. Auch die wie immer kostlose Aufzierung der ziemlich reichhaltigen Drucksachen soll hier dankend erwähnt sein. Der Bruderverein Freiberg war in ansehnlicher Stärke erschienen und ließ durch seinen Vorherrschenden Greif unter beglückwünschenden Worten einen Gong überreichen. Die Vertreter des Graphischen Hilfsarbeiterverbandes und des Ortsausschusses im DGB, stifteten je eine Schleiße für die Standarte. Als Vertreter des Gauvereins Kollege Sahmann unter uns, der auch die Festansprache übernommen hatte. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Teilnehmer seinen tiefgründigsten Ausführungen. Er verstand es so recht, allen Anwesenden ein Bild über Zweck und Ziel des Verbandes zu geben, und durfte mit Recht auf das hochentwickelte Solidaritätsgefühl der Buchdrucker, dem die großen sozialen Leistungen zu danken sind, hinweisen. Er ließ seine Ansprache in ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Verband ausklingen. Als Jubiläumsgeschenk des Gauvereins Dresden überreichte er zum Schluß einen ansehnlichen Geldbetrag. Der invalide Kollege Fiedler gab seiner Anhänglichkeit an den Ortsverein durch eine künstlerisch ausgeführte Federzeichnung, Johannes Gutenberg dar-

stehend, Ausbrud. Kollege Holle nahm nun Veranlassung, zwei besonders verdiente Kollegen und Mitbegründer des Ortsvereins, unseren ersten Vorsitzenden, Kollegen Paul Zimmermann, und unsern zweiten Vorsitzenden, Kollegen Edmund Wagner, anfänglich ihrer 25jährigen Mitgliedschaft zu beglückwünschen. Kollege Holle wies darauf hin, daß sie nicht nur als Mitglied schlicht und recht ihre Pflicht getan, sondern darüber hinaus als Funktionäre ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in vollstem Maße für den Ortsverein und damit für den Verband eingesetzt hätten. Als äußeres Zeichen der Dankbarkeit überreichte er den Jubilaren die silberne Verbandsnadel und einen wohlgefüllten Frühstückskorb. Auch die Bezirksabteilung ehrte beide durch ein kleines Angebinde. Für den unterhaltenden Teil des Kommerzes waren als Mitwirkende der Volksschor „Einigkeit“ und die Musiksektion des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ gewonnen worden. Beide entledigten sich ihrer Aufgabe in bester Weise. Ein sich anschließendes Tanzkränzchen hielt die Festteilnehmer noch einige Stunden in bester buchdruckerischer Stimmung beisammen, und man trennte sich in dem Bewußtsein, einen gut gelungenen Abend verleben zu haben. — Mit der Jubiläumsfeier verbunden war gleichzeitig das Johannisfest, das am folgenden Sonntagvormittag in Gestalt eines Waldfestes gefeiert wurde. Nachmittags 2 Uhr ging es mit Kind und Kegel nach dem dreieckigen Gelände von der Stadt entfernten Karolinenhof. Wenn auch auf dem Hinmarsch mancher Schweißtropfen vergossen wurde, so wirkte dann die Kühle des Waldes um so angenehmer. Altfeld Kurzweil sorgte für die nötige Unterhaltung. Als dann am Abend der Heimweg angetreten wurde, herrschte nur eine Stimme tiefer Befriedigung über die schon verlebten Stunden im Kollegenkreise.

Saarbrücken. Unsere Versammlung am 16. Juli hatte einen verhältnismäßig guten Besuch zu verzeichnen. Von der Aufnahme eines Kollegen mußte Abstand genommen werden, weil er nicht anwesend war. Der nächste Punkt, der den Ausschluß von fünf Mitgliedern wegen Verstoßes gegen § 10 des Statuts vorlag, rief eine rege und längere Debatte hervor. Nach zeitlicher Aussprache wurden vier Mitglieder einstimmig ausgeschlossen, während man den fünften Ausschlußantrag mangels Beweises zurückzog. Der nun folgende Kartellbericht fand ebenfalls eine sehr kritische Beurteilung in bezug auf verschiedene Punkte. Der nächste Tagesordnungspunkt, die momentane Schreibweise des „Rorr.“ betreffend, fand nach reichlicher Debatte sein Ende durch Annahme der folgenden einstimmigen Entschließung: „Die in der Monatsversammlung vom 16. Juli 1932 verammelte Kollegenschaft des Ortsvereins Saarbrücken richtet an die „Rorr.“-Redaktion die dringende Bitte, in unserm Verbandsorgan keine Veröffentlichung Raum zu geben, die eine Zerspaltung der Arbeiterchaft fördern könnte, und alles zu tun, was einer Einigung der Arbeiterchaft dienlich ist.“ (Diese Entschließung löst offene Türen ein. Die Zerspaltung in Arbeiterlager bedeutet niemand mehr als wir selbst. Schriftleitung.) Der nächste Punkt, der die Überwälzung des Vermögens (Geld, Notenmaterial, Schrank) des ehemaligen Gesangsvereins „Gutenberg“ an den Ortsverein vorlag, fand ebenfalls einstimmige Annahme. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Schneidemühl. Unsere Versammlung am 9. Juli fand in Gemeinschaft mit der Bildungsverbandsgruppe statt. Aus der Tagesordnung wäre besonders zu nennen ein Vortrag des Kollegen Bronzobert über „Gemeinschaft und Reichstagswahl“. Dieser Vortrag löste eine rege Aussprache in Pitt und Wiber aus. Im Anschluß hieran hielt Kollege Otto Schwachenaude (Stettin) als Kreisvorsitzender des Bildungsverbandes einen Vortrag über die Notwendigkeit der beruflichen Fortbildung, verbunden mit einem Filmvortrag, betitelt: „Der Schnellschuß aus der Seherperspektive.“ Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Ausgestellt waren Fotoarbeiten aus der Ortsgruppe Stettin.

Stade. In unserer Versammlung am 8. Juli waren Mitglieder der Bildungsverbandsgruppe ausgelegt. Leider hatten sich von 35 Mitgliedern nur 11 eingefunden (der feste Stamm junger Kollegen, die sich am den Vorsitzenden scharen). Der Vorsitzende berichtete aus dem Aktuellen des Verbandsvorsitzenden über die Kasienlage des Verbandes. Das Johannistfest, das am 25. Juni in Form eines Tagabendes abgehalten wurde, brachte den noch nicht gleichgültigen Kollegen und ihren Frauen einen frohen Abend. Die 10 Arbeitslosen am Ort erhielten hierzu je 3 M. Ein Kollege, der 25 Jahre zum Verband gehört, wurde gebührend geehrt. Beschlüssen wurde der Beitritt des Ortsvereins zur Weichbürger. Wie den Arbeitslosen die von der Papenregierung geführte Unterstützung einigermaßen ausgeglichen werden kann, soll in der nächsten Versammlung beschlossen werden.

Wesel. Unsere zweite diesjährige Weizelversammlung fand am 17. Juli in Dinslaken statt. Nachdem die geschäftlichen Punkte der Tagesordnung erledigt waren, erfolgte die Ehrung des Kollegen Hildebrandt (Dinslaken) für 50jährige Verbandsmitgliedschaft. Vorsitzender Lehmann feierte den Jubilar, der in einer Zeit, wo noch persönlicher Mut nötig war, um die Ideale des Verbands hochzuhalten, stets seinen Mann gestanden hat, ihn der jungen Generation als leuchtendes Beispiel hinstellend. Nach Abweisung eines Gesandten des Verbandsvorstandes, Gaus und Bezirts dankte der Jubilar in bewegten Worten für die dargebrachte Ehrung. Hierauf hielt Kreisführer Böthloff (Dinslaken) einen Vortrag über „Die allgemeine Lage“. Wortreich gezeichnet Redner in seinen Ausführungen die Manuskripten, „Nazis“ genannt, und ließ dabei deren Hintermann und Drahtzieher nicht unerwähnt. Der begeisterte Beifall am Schluß des Vortrages bewies, daß der Redner allen aus dem Herzen gesprochen hatte. Ein Vorschlag aus der Versammlung, den Gau zu erlösen, für die Opfer der Wirtschaftskrise in unsern Reihen einen ratenweisen Extrabeitrag für eine Weichmachtsunterstützung einzuführen, fand einstimmige Annahme mit dem Zusatz, die im gewerkschaftsfeindlichen Lager sich bewegenden Arbeitslosen von dem Gesandten auszuschließen. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Bocholt gewählt.

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Johann Ebert in Mannheim
Eingetretten: 20. August 1882 — Jetzt Invalide



Allgemeine Rundschau

Gehilfenprüfungen. Vor dem Prüfungsausschuß der Handwerkskammer Oppeln (O.S.) legten aus den Orten Oppeln, Neisse, Katibor, Patzkau, Grattkau, Leobschütz, Neustadt, Ziegenhals, Oberglogau insgesamt 9 Drucker- und 21 Seherlehrlinge ihre Gehilfenprüfung ab. Von den Druckern erhielt einer die Note Gut, 4 Genügend und 4 Ungenügend. Von den Sehern erhielten 5 Gut, 11 Genügend und 5 Ungenügend. Im Unterbezirk Gletz wurden infolge der verspäteten Einführung der Vorschriften der Lehrlingsordnung für Gehilfenprüfungen nur noch 7 Lehrlinge nach den neuen Vorschriften geprüft. Davon bestand nur einer die Prüfung, während 6 mit der Note Ungenügend nach Hause geschickt wurden. Bemerkenswert ist, daß einzelne Prüflinge glaubten, sich durch Mitbringen von Druckmustern von der praktischen Prüfung befreien zu können. Andre wieder erschienen erst gar nicht mehr zu den schriftlichen Prüfungen.

Dänische Buchstausstellung in Leipzig. Die Deutsche Bücherei veranstaltet in Verbindung mit der Nordischen Gesellschaft in Libau vom 21. bis 31. August eine dänische Buchstausstellung, die werktäglich von 8 bis 22 Uhr geöffnet ist.

Pflichter Tod. Zu den zahlreichen erprobten Kämpfern der politischen Arbeiterbewegung, die aus dem Buchdruckerberuf hervorgegangen, gehörte auch der am 14. August unerwartet verstorbenen badiische Innenminister Emil Maier. In Freudenstadt, wo er Erholung von einem Kreislaiden zu finden hoffte, raffte ihn ein Herzschlag dahin. Der Verstorbene wurde am 11. August 1876 in Württemberg geboren. Als Schriftsetzer arbeitete er in mehreren deutschen Städten und in der Schweiz. Zu Anfang des Jahrzehntes kam er nach Mannheim und trat 1904 in die Redaktion der „Volkstimme“ ein. Hier hatte „Emil der Maier“ manchen Kampf zu bestehen, u. a. gegen Ludwig Rehfänger, den damaligen Schriftleiter des „Rorr.“. Nicht weniger als 34mal geriet Maier unter die Häder der Klassenjustiz und hatte infolgedessen verschiedentlich Gefängnisstrafen zu verbüßen. 1908 schied er aus der Redaktion der „Volkstimme“ aus und ging nach Heidelberg als Parteisekretär, 1909 bis 1913 gehörte er dem badiischen Landtag an. 1912 wurde Maier Stadtrat in Heidelberg. Während des Weltkriegs, den er mehrere Jahre mitmachte, wurde er verhaftet, woraus sich ein Leiden entwickelte, das ihn nach dem Kriege dauernd schwer zu schaffen machte. Nach der staatlichen Anweisung gehörte er dem Arbeiter- und Soldatenrat an und stand in den vorbersten Reihen der damaligen politischen Kämpfe. 1919 wurde er Mitglied der verfassunggebenden badiischen Landesversammlung und dann wieder des Landtags, dem er bis zu seinem Tode angehörte. Seit 1919 war er Vizepräsident des badiischen Landtags, seit 1. Juli 1931 — als Nachfolger Kemmes — badiischer Minister des Innern. Unser ehemaliger Kollege Maier war auch ein erfolgreicher Kommunalpolitiker in Wort und Schrift. Seit 39 Jahren, also seit seiner frühesten Jugend, hat er der Arbeiterbewegung seine Kräfte gewidmet, die jetzt überzählig durch einen Herzschlag getroffen wurden. Gegenständig der Beilegung Emil Maiers auf dem Heidelberger Bergfriedhof schilbert der badiische Staatspräsident Dr. Schmitt den Verstorbenen als wahren Sohn des Volkes. Wenn er etwas versprochen hatte, konnte man sich auf ihn verlassen. Ein Mann, ein Wort; er brauchte kein Ehrenwort zu geben, das Wort war ihm Ehrenwort. Das kann ein Vorbild sein für alle diejenigen, in deren Kreisen das Wort, ja sogar das Ehrenwort nichts mehr gilt. Seine Lebensarbeit war Dienst am Volke. Bei allem Festhalten an seiner grundsätzlichen sozialdemokratischen Weltanschauung hielt er Maß in seinen Forderungen. Er war sich bewußt, daß man heute nur regieren könne mit Sympathie, mit Kompromissen. Er war eine Fühersonne, und sein ausgleichendes Wesen sicherte ihm diese Fühersonnenstellung, denn Anmaßung ist niemals das Merkmal eines Führers.

Begegnende Nazischwindel. In unserm Artikel „Zum Verfassungstag“ in Nr. 64 zitierten wir aus Hilters Standardwerk „Mein Kampf“ folgende gravierende Stelle auf Seite 202: „Er (der Deutsche) hat keine blasse Ahnung, wie nan das Volk beherrschen muß, wenn man Massenanhänger haben will. Daß durch kluge Anwendung von Propaganda dem Volk selbst der Himmel vorgemacht wer-

den kann und umgekehrt das elendeste Leben als Paradies, das verhand Deutschland nicht.“ Wie uns ein Krieger Kollege dazu mittelte, ist diese grundlegende politische Einschauung Hilters in der neuen Auflage seines Buches (1932) nicht mehr enthalten. Sie wurde kurzerhand gestrichen, weil sich Hitler durch den zitierten Passus selbst aufs schärfste blamierte. Um den im Sinken begriffenen Stern des „Führers“ zu neuem Glanz zu verhelfen, wird sich wohl sehr bald noch manch andre Korrektur in der Nazibewegung als notwendig erweisen!

Vom Zeitungskriegeshauplag. Das Berliner Naziblatt „Der Angriff“ wurde vom feilvertretenden Reichskommissar Dr. Bracht gezwungen, in seiner Nummer vom 15. August eine über die ganze Breite der ersten Seite gehende Berichtigung einer ganz infamen Lüge zu bringen. Der „Angriff“ hatte nämlich am 9. August unter der schreienden Überschrift „In Berlin gerissen! Scheußlicher Mord an einem SS-Mann!“ berichtet, daß der SS-Mann Jente in Reichenbach durch einen „von Angehörigen des Reichsbanners und von Kommunisten“ geworfenen Sprengkörper „buchstäblich zerstückt“ worden sei. Dazu wurde nunmehr amtlich mitgeteilt, daß „mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen sei, daß Jente selbst den Sprengkörper bei der Explosion in der rechten Hand gehabt hat“. Es steht also fest, daß gerade der SS-Mann Jente den Sprengkörper gegen politische Gegner werfen wollte. — Der „Wamderger Beobachter“, ein Naziblatt, wurde von der oberbairischen Regierung bis einschließlich 10. September verboten. — In Berlin hat der kommunistische Polizeipräsident die Wochenzitung der SWP „Kampfgnall“, auf drei Monate verboten. — In Essen ist das kommunistische „Ahr-Che“ mit sämtlichen Kopfschriften auf die Dauer von 10 Tagen verboten worden. — Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die beiden kommunistischen Zeitungen „Freiheit“ in Düsseldorf und „Sozialistische Republik“ in Köln ab 16. August auf die Dauer von 14 Tagen verboten.

Verlagswechsel der Berliner „Täglichen Rundschau“. Wie aus Mitteilungen der Tagespresse hervorgeht, wird die „Tägliche Rundschau“ am 1. September von dem „Tat“-Kreis übernommen, einer Gemeinschaft intellektueller junger Politiker, die sich um Hans Zehrer, den Herausgeber der Zeitschrift „Die Tat“, gebildet hat. Zehrer übernimmt vom 1. September an die „Tägliche Rundschau“. Eine gewisse Abereinunft mit der bisherigen Richtung der Zeitung (Christlichsozialer Volksdienst) wird dadurch gewährleistet, daß die alte Redaktion im Amt bleibt. In Besprechungen soll eine Abereinimmung mit der Reichsführung des Volksdienstes bzw. mit deren Vertreter, Simpfendörfer, herbeigeführt werden, und der Volksdienst soll die Möglichkeit erhalten, seine besondere Stellungnahme zu politischen Ereignissen in dem Blatt in besonderen Artikeln zum Ausdruck zu bringen.

Entschädigungspflicht wegen Preisunterbietung. Seit einer Reihe von Jahren bestehen im deutschen Buchdruckerberufe sogenannte Kollegiale Abkommen unter den Prinzipalen vieler Druckorte. Der Zweck dieser Abkommen läuft auf einen gegenseitigen Schutz des Bestandes laufender und wiederkehrender Druckaufträge hinaus. Ergeben sich unter den beteiligten Kreisen Streitigkeiten, so soll ein vorgeesehenes Schiedsgericht entscheiden. Die wichtigsten Bestimmungen des „Kollegialen Abkommens“ sind in Ziffer 5, 11 und 17 enthalten. Sie spielen auch in einem vor kurzem vor das Reichsgericht gelangten Rechtsstreit zwischen zwei Berliner Großdruckereien eine erhebliche Rolle. Ziffer 5 des Abkommens besagt: Ein Angebot darf nur nach vorheriger Rücksprache mit dem bisherigen Drucker und nicht unter den Preisen des letzteren abgegeben werden, es sei denn, daß diese Preise auf Grund eines sachverständigen Gutachtens als unangemessen hoch erschienen. Ziffer 11 lautet: Will der Auftraggeber den bisherigen Drucker nicht des Preises wegen wechseln, sondern aus andern sichhaltigen Gründen (z. B. Unpünktlichkeit, mangelhafte Ausführung usw.), so ist über die Zulässigkeit der Abgabe eines Angebots die Entscheidung des Schiedsgerichts anzurufen. Ziffer 17 regelt die Anrufung des Schiedsgerichts. Ein solcher Verstoß gegen das „Kollegiale Abkommen“ wurde nun einer Berliner Verlags A.G. (Käfiger) von der beklagten Buchdruckereifirma vorgeworfen, die sechs Jahre lang auf Bestellung einer größeren Firma eine Zeitschrift im Tiefdruckverfahren hergestellt hatte; dieser Druckauftrag wurde dann an Stelle der Beklagten der Klägerin übertragen, die ihn zur Ausführung im Tiefdruckverfahren auch annahm. Die Folge davon war, daß die Klägerin durch Schiedspruch verurteilt wurde, an die Beklagte eine Entschädigung in Höhe von 10 000 M. zu zahlen. Mit ihrer Klage begehrte nun die verurteilte Klägerin der Beklagten gegenüber festzustellen, daß zwischen ihnen ein endgültiger Schiedsvertrag nicht bestehe und daß das von der Beklagten beim Schiedsgericht eingeleitete Verfahren unwirksam sei. Die Berliner Gerichte sowie auch das Reichsgericht wiesen indes die Feststellungsfrage ab und bekräftigten damit den Schiedspruch. Aus den Entscheidungsgründen des Reichsgerichts ist für die Sachtreue folgendes von allgemeiner Bedeutung: Es läßt sich nicht beweisen, daß durch das „Kollegiale Abkommen“ ein bestimmtes Rechtsverhältnis im Sinne des § 1026 BGB. unter den Parteien vereinbart worden ist. Denn durch seine Unterzeichnung sind die Parteien untereinander die Verpflichtung eingegangen, untereinander nur nach Maßgabe des Abkommens in Wettbewerb zu treten, und sie haben als Teil dieses Abkommens den Schiedsvertrag abgeschlossen. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob es sich bei dem „Kollegialen Abkommen“ um ein Kartell im Sinne der Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 handelt. Denn die in § 1, 21 dieser Verordnung vorgesehene schriftliche Form des Vertrags ist gewahrt, dazu genügt es, wenn die Parteien zur Zeit ihres Beitritts das „Kollegiale Abkommen“ unterzeichneten. Die Frage, ob sich das Abkommen und die Schiedsgerichts-Klausel auf Tiefdruckaufträge beziehen, bejahet der Vorderrichter ohne Rechtsirrtum und führt dazu aus, Sinn und Zweck des Abkommens sei gewesen, den Beststand der Mitglieder zu wahren und die gegenseitige Wegnahme von Druckaufträgen durch Preisunterbietung und dergleichen zu verhindern. Das Tiefdruckverfahren habe zur Zeit des Abschlusses praktisch noch keine Rolle gespielt. Es sei aber kein Anhalt dafür gegeben, daß beabsichtigt gewesen sei,

